

---

# Neue Westfälische vom 23.01.2017 , S. 4

## Schwarz-grün-gelbe

### Gedankenspiele

Landespolitik: Auf den Neujahrsempfängen der Parteien geht es auch immer um Koalitionsmodelle

Von Lothar Schmalen

Düsseldorf. CDU und FDP sträuben sich mit allen Kräften gegen die von vielen nach der Landtagswahl im Mai für wahrscheinlich gehaltene große Koalition. Bei ihren Neujahrsempfängen jedenfalls übten beide Parteien noch einmal den Schulterschluss. So wie CDU-Landeschef Armin Laschet vor einer Woche auf dem Neujahrsempfang der FDP sprach, so war an diesem Samstag FDP-Bundes- und Landeschef Christian Lindner Gastredner auf dem Empfang der NRW-CDU im Düsseldorfer Museum Kunstpalast.

Gemeinsam beispielsweise könnten FDP und CDU Verfassungsklage gegen das neue Landesbeamtenrecht erheben. Seitdem sind Frauen "bei im Wesentlichen gleicher Eignung" im Öffentlichen Dienst bevorzugt zu befördern. In Kürze wird dazu ein Entscheid des Oberverwaltungsgerichts Münster erwartet.

Unter starkem Beifall der 900 Gäste bekräftigte Lindner noch einmal seine klare Absage an eine rot-grün-gelbe Ampelkoalition. Sehnsüchtig geht der Blick bei CDU und FDP zurück auf die Jahre 2005 bis 2010, als in NRW eine schwarz-gelbe Koalition regierte - eine Koalition, für die es rechnerisch nach dem 14. Mai 2017 im NRW-Landtag kaum reichen dürfte. So war es kein Zufall, dass NRW-CDU-Generalsekretär Bodo Löttgen neben Lindner auch die Landesvorsitzende der NRW-Grünen, Mona Neubaur, begrüßte. Schließlich wäre ein schwarz-grün-gelbes Bündnis, die sogenannte Jamaica-Koalition, wohl die einzige Möglichkeit für CDU-Spitzenkandidat Armin Laschet, Hannelore Kraft (SPD) im Amt der Ministerpräsidentin abzulösen. Der Kampf gegen die mögliche große Koalition unter Führung der SPD geht also weiter - "solange, wie es geht", meinte André Kuper, Landtagsabgeordneter aus Rietberg (Kreis Gütersloh) und stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.

Nur ein Thema: Innere Sicherheit

Noch aber glaubt Laschet, die CDU könne stärkste Partei in NRW werden. Mit diesem Ziel jedenfalls geht er in den Wahlkampf. Und in dem kennt die CDU erst einmal nur ein Thema, innere Sicherheit. Und sie greift frontal auf der offenen Flanke der Landesregierung an, und die heißt Innenminister Ralf Jäger (SPD). Ihm wirft Laschet vor, dem Ansehen des Rechtsstaats zu schaden.

Der CDU-Spitzenmann echauffierte sich vor allem über Jägers Äußerung, die Behörden seien im Fall des Berliner Weihnachtsmarkt-Terroristen Amri "bis an die Grenzen des Rechtsstaats" gegangen. "Wenn das wahr wäre - was sollen dann die Bürger von diesem Rechtsstaat halten?", rief Laschet. Den Rechtspopulisten liefere Jäger damit Argumente. In Wirklichkeit hätten die Behörden in NRW gute Gründe gehabt, Amri vor seiner Terrortat einzusperren. Das aber sei versäumt worden. Zwar fordert Laschet nicht wie Lindner den sofortigen Rücktritt von Jäger. Denn es gebe nur einen, der wirklich dafür sorgen könne, das Jäger nicht weiter Innenminister in NRW bleibe, und das sei der Wähler am 14. Mai.